Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 301. Sonntag den 28. October 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Localitäten der sogenannten Rathsstube bleibt dieselbe

Montag, den 29. dieses Monats,

geschlossen.

Leipzig, am 24. October 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung,
die Wahl der Beisitzer für das Gewerbeschiedsgericht betr.

Behufs der laut Ortsstatuts für das Gewerbeschiedsgericht zu Leipzig in Verbindung mit dem von der Königl. Kreishauptmannschaft durch Beschluß vom 20. December 1880 bestätigten Nachtrage hierzu auf die Zeitdauer von 3 Jahren vorzunehmenden Wahl von 60 Beisitzern für dieses Schiedsgericht, welche zur Hälfte Arbeitgeber und zur anderen Hälfte Arbeitnehmer sein müssen und von denen die ersteren ausschließlich von Arbeitgebern, die letzteren ausschließlich von Arbeitnehmern zu wählen sind, werden hierdurch alle Stimmberechtigten, und zwar ohne Unterschied des Geschlechts

a. in der Abtheilung der Arbeitgeber alle diejenigen Kaufleute, Fabrikanten und selbstständigen Gewerbetreibenden, welche volljährig sind und in Leipzig nach §. 14 der Gewerbeordnung ihr Gewerbe angemeldet haben,

b. in der Abtheilung der Arbeitnehmer alle diejenigen von ihnen, welche volljährig und in einem hiesigen Gewerbeetablissement zur Zeit der Wahl beschäftigt sind,

geladen, zur Ausübung ihres Wahlrechts und bei Verlust desselben für diese Wahl

Montag, den 12. November 1883,

in der Zeit von 12 Uhr Mittags bis 8 Uhr Abends im Wahllocal, Obstmarkt Nr. 3, part., Zimmer Nr. 59, in Person sich einzufinden und ihren auf 30 wählbare Personen der betreffenden Abtheilung lautenden Stimmzettel abzugeben. Die zur Wahl sich Betheiligenden haben sich vor dem Wahlausschusse, insoweit diesem nicht die Wahlberechtigung bekannt ist, auf Erfordern über ihre Wahlberechtigung auszuweisen, und zwar die Arbeitgeber durch Zeugnisse des Rathes als der Gewerbepolizeibehörde, die Arbeitnehmer durch Zeugnisse ihrer Arbeitgeber, resp. des Polizeiamts, durch welche bestätigt wird, daß der Arbeitnehmer wirklich hier in Arbeit steht. Formulare für diese letzteren Zeugnisse werden ebenso, wie die ersteren Zeugnisse selbst im Stadthaus, Obstmarkt Nr. 3, part., Zimmer Nr. 62, schon von jetzt an unentgeltlich verabfolgt.

Wählbar sind unter den oben sub a und b aufgeführten Stimmberechtigten nur Männer, welche sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, das 25. Lebensjahr erfüllt haben und in Leipzig wohnhaft sind.

Leipzig, den 19. October 1883.

Stadtrath Dietel,
Vorsitzender des Gewerbeschiedsgerichts und Wahlvorsteher.

Bekanntmachung.

Der Zutritt zur **Galerie der Aula** am 31. dieses Monats ist nur gegen Vorzeigung einer Einlaßkarte gestattet. Da dieser nur für Damen bestimmte Raum ein überaus beschränkter ist, so können zunächst nur die Damen der Docenten und zwar je mit einer Karte nach der Reihe der Anmeldung Berücksichtigung finden.

Leipzig, den 26. October 1883.

Der Rector der Universität.
Prof. His.

Vom Sonntag, 28. October 12 Uhr Mittags ab sind im Postgebäude am Augustusplatze die Dienststellen für den Verkehr mit dem Publicum vertheilt wie folgt:

1) Eingang vom Augustusplatze (große Halle):
Ausgabestelle für Zeitungen,
Ausgabestelle für Geld- und Werthsendungen sowie für postlagernde Gegenstände,
Annahmestelle für Geldbriefe, Nachnahmebriefe und für Werthpackete geringeren Umfangs,
Annahmestelle für Postanweisungen,
Auszahlungsstelle für Postanweisungen,
Annahmestelle für Einschreibbriefe,
Verkauf von Werthzeichen.

2) Eingang vom Grimmaischen Steinweg:
rechts vom Thorweg:
Annahmestelle für Packete mit angegebenem Werth und für einzelne Packete ohne Werthangabe,
links vom Thorweg:
Annahmestelle für Telegramme,
im Hofe links:
Zimmer des Postdirectors.

3) Eingang von der Poststraße rechts im Thorweg:
Ausgabestelle für gewöhnliche und eingeschriebene Briefe an Abholer.

4) Im Hintergebäude:
Packetannahme.

Die Ausgabestellen sind am 28. October ausnahmsweise nicht von 11—12, sondern von 12—1 Uhr Mittags geöffnet.

Leipzig, 24. October 1883.

Kaiserliches Postamt I.
Bodel.

Von dem unterzeichneten Königlichen Amtsgericht sollen die der hier verwundeten Fräulein **Franziska Bertha Schmidt** aus Großzschocher gehörigen, daselbst gelegenen Grundstücke, als: a. Nr. 102 des Brand-Catasters, Nr. 130, 206, 257, 412 des neuen Flurbuchs und Fol. 98 des Grund- und Hypothekenbuchs für Großzschocher, und b. Nr. 103 des Brand-Catasters, Nr. 131a, 131b, 210, 217, 304, 393a, 393b des neuen Flurbuchs und Fol. 99 des Grund- und Hypothekenbuchs für denselben Ort auf Antrag der Betheiligten **freiwilliger Weise** unter den sowohl an hiesiger Amtsstelle als auch im „Gasthof zum Trompeter" in Großzschocher zum Aushange gebrachten Bedingungen versteigert werden.

Hierzu ist

Montag, der 12. November 1883,
Vormittags 11 Uhr

als Bietungstermin anberaumt worden und werden die Reflectanten ersucht, am gedachten Tage im **„Gasthof zum Trompeter"** in **Großzschocher** sich einzufinden und ihre Gebote abzugeben.

Leipzig, den 11. October 1883.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung V, Section 1.
Mannsfeld. Gp.

Versteigerung.

Dienstag, den 30. dieses Monats, Nachmittags 2 Uhr sollen im **Gasthof zu Klinga** bei Naunhof **drei Pferde** (1 Fuchs, 1 Brauner und 1 Rappe), sämmtlich Stuten, und **9 Stück Gänse** gegen sofortige Baarzahlung meistbietend öffentlich versteigert werden.

Grimma, den 26. October 1883.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.
Woll.

Nichtamtlicher Theil.

Das Ministerium Ferry vor den französischen Kammern.

Der Sturm gegen das Ministerium Ferry hat, wie wir richtig voraussagten, am Donnerstag begonnen und mit Stellung der Cabinetsfrage durch den Ministerpräsidenten geendet, welche am Sonnabend oder Montag durch ein Votum in diesem oder jenem Sinne entschieden werden wird. Ferry tritt, wie er das von jeher zu thun gewohnt ist, mit großer Sicherheit auf und läßt durch seine Organe verbreiten, daß dem Ministerium eine starke Majorität sicher sei. Er weiß den ihm zu Gebote stehenden Apparat geschickt zu handhaben und beherrsche dadurch bis zu einem gewissen Grade das, was man in Frankreich die öffentliche Meinung nennt. Wäre er in dieser Kunst weniger erfahren, so würde er längst nicht mehr Minister sein, denn für jeden Andern würde die Hälfte von dem, was Ferry gethan hat, zu seinem Sturz genügt haben. Durch die gut erheuchelte Sicherheit des Mannes lassen sich aber Viele täuschen und diese Täuschung dient ihm zugleich als Operationsbasis. Der Krug geht aber auch in Frankreich nur so lange zum Wasser bis er bricht und dieser Moment scheint jetzt für das Ministerium gekommen zu sein. Was sich die Journalisten im Palais Bourbon erzählen, darauf kommt es nicht an, sondern wir haben es nur mit den Thatsachen zu thun und diese reden eine wesentlich andere Sprache als die sogenannten „parlamentarischen Kreise", von welchen die Organe des Ministeriums und vor Allem die „Agence Havas" seit einigen Wochen zu berichten wissen. Da lag es zum Beispiel im Interesse Ferry's, daß die Radicalen ihre Interpellationen auf den günstigsten Zeitpunct vertagten, und flugs berichteten alle republikanischen Blätter, daß die radikalen Anfragen verschoben seien. Das erregte die Vorstellung, als ob die unbequemen Frager ihres Erfolges nicht sicher wären und dadurch wurde wirklich eine augenblickliche Wirkung erzielt. Noch unter dem Einfluß dieser Mittheilung, die sich nachträglich als falsch erwiesen hat, wurde nach allen Windrichtungen telegraphirt: „man zweifelt nicht an einer starken Majorität für das Ministerium". Wer ist man? Doch nur der Verfasser des Telegramms!

Die Thatsachen, deren Beurtheilung uns obliegt, ergeben sich aus dem Verlauf der Donnerstagsitzung der französischen Deputirtenkammer, also der zweiten nach dem Wiederzusammentritt. Und in dieser Sitzung hat der radicale Deputirte Granet erklärt, daß die Regierung die Kammern zu spät einberufen habe, die durch die Ereignisse in Tonkin erzeugten Schwierigkeiten der Lage hätten eine frühere Einberufung nöthig gemacht. Die Radicalen begrüßten diese Erklärung mit Beifall, die übrigen republikanischen Gruppen erhoben Widerspruch — so lautet der telegraphische Bericht, aus welchem noch keineswegs ersichtlich ist, daß die Minister die Majorität auch nur der Republikaner für sich haben, abgesehen von den Radicalen. Im weiteren Verlauf der Sitzung machte Ferry die wahrscheinlich für die größere Hälfte der Kammer überraschende Mittheilung, daß er nicht die Absicht habe, jetzt neue Credite für Tonkin zu verlangen und daß er noch nicht einmal wisse, wann dies geschehen werde, und stellte unmittelbar darauf die Vertrauensfrage, welche nach dem vorliegenden Bericht mit Beifall aufgenommen wurde. Welchen Eindruck das Verhalten Ferry's auf die Mitglieder der republikanischen Vereinigung gemacht hat, verschweigt der telegraphische Bericht, dagegen theilt er am Schluß mit, daß drei bonapartistische Abgeordnete den Antrag eingebracht haben, das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen. Damit ist die Situation vollständig gekennzeichnet. Das Ministerium Ferry hat nicht nur die Stirn gehabt, die Tonkin-Angelegenheit seit drei Monaten auf eigene Faust weiter zu führen, ohne überhaupt zur Kriegführung in Ostasien einen Auftrag gehabt zu haben, sondern will jetzt fortfahren, die öffentlichen Gelder für diesen Zweck zu verwenden, ohne auch nur Rechenschaft über diese Verwendung abzulegen. Die Absichten Ferry's sind durchsichtig genug, er will weitere kriegerische Erfolge abwarten und die Kosten der Expedition aus den Zoll- und Steuererträgnissen in Annam decken. Daß er den Krieg durch den Krieg selbst bezahlen will nach dem Vorbild Wallenstein's, das hat er schon durch die an die chinesische Regierung gestellte Forderung bewiesen, die Kosten der Tonkin-Expedition auf Höhe von 5 Millionen Francs zu übernehmen, desselben Betrages, welchen die Kammern bisher bewilligt haben. Die Chinesen haben diese Forderung aber als lächerlich zurückgewiesen und bereiten sich alles Ernstes auf den Krieg mit Frankreich vor. Der Vicekönig von Canton hat bereits 10,000 Mann in der Nähe dieser Stadt zusammen gezogen und verbietet Ausländern, in das Innere zu reisen. Die Chinesen halten den Ausbruch des Krieges für unvermeidlich und das Volk von Hünnan glaubt, daß die Armee im Begriff stehe, alle Ausländer auszurotten. Das ist die Situation, in welcher Ferry damit durchkommen zu können glaubt, wenn er Frankreich auf eigne Hand in einen großen Krieg verwickelt und das Geld dazu bernimmt, wo er es findet. Und dann wird mit der größten Unbefangenheit die Fabel verbreitet, daß es dem Ministerium an einer großen Majorität nicht fehlen könne, ja daß der Sieg über seine Gegner unzweifelhaft sei. Die Bonapartisten haben die richtige Antwort darauf ertheilt und die Versetzung der Minister in Anklagezustand verlangt.

Damit ist aber noch nicht Alles geschehen, um die Katastrophe mit Sicherheit herbeizuführen, der radicale Gatineau wird die Gefahr für das Ministerium Ferry dadurch auf die Spitze treiben, daß er den Antrag auf Ausweisung der Prinzen von Orleans stellt. Dadurch ist diejenige Constellation geschaffen, welche sich seit langer Zeit vorbereitet hat und auf welche wir die Aufmerksamkeit unserer Leser schon seit Wochen gelenkt haben. Jetzt müssen alle Diejenigen, welche auf Seiten der Orleanisten stehen, Farbe bekennen und selbst wenn sie das Ministerium Ferry aus Zweckmäßigkeitsrücksichten noch eine Zeit lang halten wollten, so können sie ihm jetzt nicht mehr ihr Vertrauen aussprechen. In dem Augenblick, wo der Antrag Gatineau zur Discussion gelangt, ist auch die Frage Thibaudin und die Frage Don Alfonso reif und da muß es sich entscheiden, ob die Republik noch Lebenskraft besitzt oder nicht. Mit der bloßen Kühnheit, Krieg zu führen in Ostasien und Westafrika, Staatsgelder auf eigene Verantwortung auszugeben, reicht dann das Ministerium Ferry nicht mehr aus, es muß einen Entschluß fassen und die Kammer auflösen, oder es wird unter den hochgehenden Wogen der entfesselten politischen Leidenschaften begraben. Eine energische Kraftentfaltung ist schon deshalb nicht möglich, weil Ferry weder die ganze Armee für sich hat, noch den Präsidenten Grevy. Thibaudin und sein ganzer Anhang einschließlich Grevy's werden zugleich mit den Anhängern der Monarchie gegen Ferry Front machen und dann ist das Chaos da. Was dann geschehen wird, ob der Versuch gemacht wird, ein neues republikanisches Eintagsministerium zu bilden oder ob es den Radicalen gelingt, sich zu Herren der Lage zu machen, ob ein Ministerium Clemenceau-Thibaudin-Lockroy die Zügel der Regierung ergreifen wird, entzieht sich der Beurtheilung, nur so viel ist sicher, daß Ferry diesen Sturm nicht überdauern kann. Im Hintergrund steht die orleanistische Restauration. Ob der Graf von Paris die über seine Pläne umlaufenden Gerüchte durch seine Handlungen bewahrheiten wird, kann man nicht behaupten, aber die Möglichkeit dazu kann auch nicht in Abrede gestellt werden.

Leipzig, 28. October 1883.

* Zur Parteilage wird uns aus Berlin geschrieben: „Im Wahlkreise Flatow-Deutsch-Crone ist der Landesdirector Dr. Wehr, der Candidat der Freiconservativen, in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt worden, er hat gleich im ersten Wahlgange mehr als die Hälfte aller abgegeben Stimmen erhalten. Diese Thatsache ist uns willkommen, einmal weil dieses Ergebniß besonders dadurch herbeigeführt worden ist, daß alle liberalen Wahlmänner diesmal wie bei allen Wahlen in den Provinzen Posen und Westpreußen die deutsche Gesinnung höher stellten als die Abweichung des politischen Standpuncts, sodann aber weil Dr. Wehr ein so gemäßigt conservativer Mann ist, daß sein Eintritt in das Abgeordnetenhaus jedenfalls genehmer sein muß, als wenn ein Rückschrittler, ein Fortschrittler oder ein Pole gewählt worden wäre.

Bei dieser Wahl haben ebenso wie in Greifswald die Stimmen der Nationalliberalen den Ausschlag gegeben, und daß unsere Mittheilung in Bezug auf den Wahlkreis Greifswald-Grimmen richtig gewesen ist, wird jetzt von allen Seiten bestätigt. Es war ziemlich unvorsichtig von Herrn Eugen Richter, das Gegentheil zu behaupten. Immerhin haben wir gern davon Act genommen, daß auch Agitatoren wie Er bereits zu ahnen beginnen, wie auch im politischen Leben eine unehrenhafte Taktik sich bitter rächt.

Das Frohlocken über den Tod der nationalliberalen Partei war verfrüht. Die Radicalen haben das „Leben" mit Schreien und Lärmmachen identificirt; wir geben gern zu, daß sie uns darin immer überlegen gewesen sind und auch in Zukunft überlegen sein werden, wenn sie aber geglaubt haben, daraus, daß wir sie nicht scharf genug zu bekämpfen schienen, darum, weil wir ihnen nicht genug Schaden zufügten, unsern Niedergang folgern zu können, nun so sollen sie auch in dieser Hinsicht eines Besseren belehrt werden. Der eine Herr Croneucher wird den Fortschrittlern noch theuer genug zu stehen kommen, wir haben erst den Anfang gemacht in Greifswald, aber wir werden fortfahren, den Demokraten den Nachweis zu erbringen, daß wir nicht so „unselbstständig und verwaschen" sind, wie die Herren Eugen Richter und Traeger vorgeben, daß wir durchdrungen sind von der Nothwendigkeit des Daseins der gemäßigt liberalen Partei, und daß, wenn wir unsere Gegner als solche erst völlig erkannt haben, wir sie auch mit aller Kraft zu bekämpfen wissen.

Uebrigens finden die Anhänger Richter's vielleicht einen Trost darin, daß die Klerikalen und die Reactionäre es ebenso schmerzlich empfinden wie die Fortschrittler, daß die Nationalliberalen sich von diesen völlig losgesagt haben. Denn wie sehr unangenehm den Männern der „Kreuzzeitung" und des „Reichsboten" alles Gemäßigte ist, wie diese nichts sehnlicher herbeiwünschen als den Kampf der „beiden großen Parteien", der absoluten Reaction und der absoluten Demokratie, das haben sie ja erst in den letzten Tagen wiederholt betont. Und ebenso empfindet das Centrumsblatt die Gefahr für die ultramontane Agitation, wenn die gemäßigten Mittelparteien, welche den Kern des Volkes, die ruhige Bürgerschaft repräsentiren, wieder an Einfluß zunehmen.

Das deutsche Volk will ruhige, stetige, organische Entwickelung, es ist müde des Parteigezänks, der hohlen Phrasen, der übertreibenden Versprechungen, es hat ganz und gar keinen Anlaß, Politikern zu größerem Einfluß zu verhelfen, welche bisher sich nur groß im Absprechen und Kritisiren gezeigt haben; die deutsche Nation will aber auch nicht auf einen überwundenen Standpunct zurückkehren, sie will den gerechten Forderungen der Zeit Rechnung getragen wissen, sie will darum ebensowenig der Fahne eines Eugen Richter, als den Lockrufen der Stöcker und von Hammerstein folgen, welche schließlich sogar die Früchte der Reformation in Frage stellen würden.

Auch wissen alle diejenigen, welche das geschichtliche Werden von Staaten und Nationen beobachtet haben, daß ein radicales Regiment niemals von Dauer sein kann, daß die Uebergriffe der Demokratie immer eine Reaction zur Folge haben müssen, ebenso wie auf die Herrschaft der Rückschrittler sehr bald die Umkehr zu den entgegengesetzten Grundsätzen folgt.

Wir leben Gott sei Dank in einer Monarchie, und diese soll uns vor diesen verderblichen und gefährlichen Schwankungen, vor dem Wechsel der Extreme bewahren. Das kann die Monarchie nur, wenn sie die Wurzeln tief im besten Boden des Volkes gefestigt hat, das heißt in den besitzenden und producirenden Classen, in den Schichten, welche im Handel, in der Industrie, in der Wissenschaft und dem intelligenten Landwirth zu finden sind, in den Schichten, welche ein gleiches Interesse haben an der Erhaltung des Bestehenden, wie daran, daß alle unsere Einrichtungen in Staat, Kirche und Gesellschaft, welche des Ausbaues fähig und bedürftig sind, auch wirklich entwickelt werden, da es Stillstand, so wenig wie im Leben des Einzelnen, auch im Leben des großen Staatswesens nicht geben darf.

Es ist der Mittelstand, der gebildete Mittelstand, auf dem die gesicherte, ruhige, vor Schwankungen bewahrte Existenz der Monarchie beruht. Das deutsche Volk ist in seinem innersten Kern monarchisch, und wie das deutsche Volk zu seinen Fürsten, so stehen diese allezeit zu ihrem Volke. Alle sind und bleiben wir treu Kaiser und Reich, und weil wir die Monarchie für absolut nothwendig, für untrennbar von der Existenz des Reiches halten, darum werden wir auch besonders die Hauptstütze der deutschen Monarchie, den deutschen Mittelstand, zu kräftigen haben, darum wird diese Säule des Reiches, so sehr auch der Radicalismus von rechts und links daran schaben mag, doch immer fest und sicher stehen.

Die nationalliberale Partei ist stolz darauf, sich aus den besten Elementen der ruhigen Bürger zusammengesetzt und empfindet Genugthuung darüber, in den Freiconservativen Kampfgenossen zu finden, mit denen sie in vieler Hinsicht übereinstimmt, vor Allem auch darin, daß sie nicht kämpfen um des Kampfes, sondern um des Friedens willen, daß ihnen wie uns Alles an der Blüthe des Reiches, wenig an dem Nutzen des Parteimannes und der Principienreiterei gelegen ist. Mögen sich Andere um den Namen streiten, uns geht nur die Sache hoch: das Blühen und Gedeihen der deutschen Nation, des deutschen Reichs."

* Auf das Glückwunschschreiben des Berliner Magistrats anläßlich der Geburtstagsfeier Sr. k. k. Hoheit des Kronprinzen ist folgende Antwort an denselben ergangen:

„Die Mir von dem Magistrat zu Meinem Geburtstage dargebrachten Glückwünsche haben Mich um so aufrichtiger erfreut, als Ich in denselben einen erneuten Ausdruck der treuen Theilnahme erblicke, von welcher Mir und Meiner Gemahlin zu allen Zeiten und namentlich in diesem Jahre aus Anlaß der Feier Unserer silbernen Hochzeit [illegible] zahlreiche und wohlthuende Beweise seitens [illegible]kerung Berlins wie aus allen Theilen Deutsc[illegible] gegangen sind. Die Kundgebung solcher Gesinnung [illegible]pflichtet nicht nur Mich und die Meinigen zu warmem Dank, sondern legt gleichzeitig ein beredtes Zeugniß ab für das zwischen Fürstenhaus und Volk bestehende innige Verhältniß. Wie auf ihm als einem festen Grunde Deutschlands äußere Machtstellung ruht, so bietet es auch die sichere Bürgschaft für die stetige und gesunde Entwickelung seiner inneren Zustände. Zu reich gewaltigen Anstrengungen und großartigen Erfolgen die Freudigkeit in der Liebe zu Fürst und Vaterland das deutsche Volk zu befähigen vermochte, davon wird das nationale Denkmal an den Ufern des Rheins, welches jüngst die ergreifende Weihe erhielt, zukünftigen Geschlechtern Kunde geben, wird sie mahnen, allzeit auszuharren in der Treue zu Kaiser und Reich. Möge dem deutschen Volke auch die dem Gedächtniß Luther's gewidmete Feier eine ernste, nie überhörte Mahnung sein, die unschätzbaren geistigen Güter, welche die Reformation uns errungen, zu behaupten und zu pflegen. Mit dem Ausdrucke des zuversichtlichen Vertrauens, daß in der Bethätigung echt patriotischen, echt deutschen Sinnes die Hauptstadt stets voranstehen werde, verbinde Ich gern die Versicherung Meiner warmen Theilnahme an der erfreulich fortschreitenden Entwickelung Berlins wie dem Wohle seiner Bewohner.

Wiesbaden, den 22. October 1883.

gez. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

* Zu den ungeheuerlichsten Verirrungen unserer an solchen so reichen Zeit gehört die Behauptung, der wir jetzt häufig in radical-liberalen Blättern begegnen, der bürgerliche Liberalismus und die Socialdemokratie seien nur durch wirthschaftliche Meinungsverschiedenheiten getrennt, hätten aber auf politischem Gebiet dasselbe Ziel und Streben. Man kann eine derartige Behauptung nur aus wahltaktischen Gesichtspuncten, aus dem Wunsche, socialdemokratische Stimmen für fortschrittliche Zwecke zu gewinnen, sich erklären. Aber auch so bleibt sie in hohem Grade unverständig oder frivol, und das Streben, ein paar Abgeordnetenmandate oder gar nur ein paar Sitze in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zu gewinnen, steht in keinem Verhältniß zu der ungeheueren Begriffsverwirrung, die durch solches Gerede angerichtet wird und zu der unheilvollen Wirkung, daß dadurch die Socialdemokratie in der Zuversicht verstärkt wird, ihre Sache werde zuletzt doch siegen. Die politische Uebereinstimmung zwischen Liberalen und Socialdemokraten besteht darin, daß sie in der Opposition gegen rückschrittliche Vorschläge mitunter zusammengehen; die trennenden „wirthschaftlichen Meinungsverschiedenheiten" sind aber so fundamentaler und allumfassender Natur, daß gegen sie alle sogenannten reinpolitischen Fragen zu einem völligen Nichts zusammenschrumpfen. Sollten je die wirthschaftlichen und socialen Grundsätze der Socialdemokratie zur Wirklichkeit werden, so wäre damit nothwendig eine so vollständige Umwälzung aller unserer staatlichen Einrichtungen und Verhältnisse verbunden, daß auch nicht ein Stein des ganzen Baues unseres politischen und gesellschaftlichen Lebens auf dem anderen bliebe. Eine Staats- und Gesellschaftsordnung, wie sie die Socialdemokratie anstrebt und einführen würde, wenn sie die Kraft hätte, ist in allen ihren Theilen völlig unvereinbar mit den von sämmtlichen übrigen Parteien verfochtenen politischen Grundsätzen. Es gab eine Zeit, wo das Bewußtsein dieser Thatsache stärker und allgemeiner war, wo sich die verschiedensten bürgerlichen Parteien der Gemeinsamkeit ihres Bedrohtseins gegenüber einer Partei der fundamentalen Umwälzung aller unserer staatlichen, socialen, wirthschaftlichen Verhältnisse lebendiger erinnerten. Was immer die bürgerlichen Parteien trennt von der äußersten Reaction bis zum fortgeschrittensten Radicalismus, sie stehen sich in Wahrheit gegenseitig unendlich viel näher als jede einzelne von ihnen der Socialdemokratie steht. Ob man unsere politischen Zustände etwas mehr nach der freiheitlichen oder nach der rückschrittlichen Richtung ausbilden will, das ist doch schließlich eine Frage, die federleicht wiegt gegenüber dem ungeheuren Problem, die ganzen Bedingungen und Einrichtungen unseres staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens von Grund aus umzustürzen und eine völlig neue Weltordnung an die Stelle zu setzen. Die Socialdemokratie selbst urtheilt ganz klar und consequent, wenn sie alle übrigen Parteien für eine „große reactionaire Masse" erklärt, bei der es sich kaum lohnt, einen Unterschied zu machen. Das Bewußtsein des ungeheuren trennenden Gegensatzes kommt hier aufs Entschiedenste zum Ausdruck; im bürgerlichen Lager aber